

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Montag (Nachmittag), 2. September 2019 / Lundi après-midi, 2 septembre 2019

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

10 2018.RRGR.734 Motion 274-2018 SP-JUSO-PSA (Funicello, Bern)
Frauen*quote auf Wahllisten

10 2018.RRGR.734 Motion 274-2018 PS-JS-PSA (Funicello, Berne)
Quota de femmes sur les listes électorales

Präsident. Wir kommen zum nächsten Traktandum, dem Traktandum 10. Es handelt sich um die Motion: «Frauen*quote», entschuldigen Sie, ich weiss nicht, wie man dies ausspricht, «auf Wahllisten». Sobald sie sich angemeldet hat, gebe ich der Motionärin, Tamara Funicello, das Wort.

Tamara Funicello, Bern (JUSO). Gleich zu Beginn: Für Sie, Herr Wenger, mag Frauenpolitik vielleicht ein Wahlkampfthema sein, für mich ist es eher ein Lebensziel. Aber so unterscheiden wir uns hier drin voneinander, nicht wahr? (*Heiterkeit / Hilarité*) Es braucht nicht viel, um zu sehen, dass Frauen in diesem Parlament nach wie vor untervertreten sind. Man kann sich auch einfach umsehen. In der Schweiz gibt es eine lange Tradition, welche zu garantieren versucht, dass die Bevölkerung gut und gerecht abgebildet wird. Deshalb hat man zum Beispiel ein Zwei-Kammern-Prinzip, deshalb werden bei jeder nationalen Wahl auch die Sitze neu unter den Kantonen verteilt, je nachdem, wie sich die Anzahl Menschen verändert. Und deshalb gesteht man zum Beispiel dem Kanton Tessin auch einen Bundesrat zu. Es gibt auch Dinge wie Sitzgarantien für Minderheiten, Herr Schnegg ist zum Beispiel ein Ausdruck davon, oder regionale Vertretungen. Auch diese kennen wir. Die Regierung schreibt ja, dass – sollte man die Regelung aufnehmen, wonach 50 Prozent Frauen auf den Wahllisten stehen sollten – es möglich sein kann, dass gewisse Parteien vielleicht Schwierigkeiten hätten, Vertreterinnen zu finden. Nun, es ist auch so, dass man vielleicht in Spiez Schwierigkeiten hat, Leute zu finden, dafür hat man in Lyss viele. Das ist genau dasselbe. Hier sieht man also: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Nur, wenn es um die Vertretung von Geschlechtern geht, tut man sich wahnsinnig schwer. Dort findet man nämlich nie einen Weg. Dann frage ich mich halt doch, ob es nicht auch am Willen mangelt. Weil: Wie es in der Antwort des Regierungsrates steht, werden Frauen überdurchschnittlich gut gewählt. Das heisst auch, dass die Stimmbevölkerung einen überdurchschnittlichen Willen hat, Frauen zu wählen. Nach dem 14. Juni, an dem über eine halbe Million Frauen auf die Strasse gingen und diese Forderungen zum Ausdruck brachten, fände ich es eigentlich nichts anderes als angebracht, wenn man diese Frauen auch wahrnehmen, ernst nehmen und sie nicht einfach ignorieren würde. Der Weg dorthin wäre auch nicht besonders schwierig. Man stellt schlicht und einfach mindestens 50 Prozent Frauen zur Wahl. Punkt, Schluss! Ich frage mich schon, weshalb dies als so absurd abgestempelt wird. Denn jetzt kann man schon sagen, es komme schlicht nicht darauf an, ob Frauen oder Männer vertreten sind. Dann kann man sich aber auch einfach fragen, weshalb es darauf ankommt, ob jemand aus dem Jura kommt oder aus dem Oberland. Und darin sind wir uns ja alle einig, dass es gut ist, dass diese Regionen hier drin vertreten sind. Es zeigt sich übrigens auch an den Resultaten, dass es etwas ausmacht, ob Frauen oder Männer in einem Parlament sind. Es ist nämlich kein Zufall, dass die Mutterschaftsversicherung dann eingeführt wurde, als zum ersten Mal zwei Frauen im Bundesrat waren. Es ist *wichtig*, dass Frauen gut vertreten sind, damit sie ihrer Sicht der Dinge auch Raum geben können, damit ihre Realität gehört wird. Es kann einfach nicht sein, dass über 50 Prozent der Leute in diesem Land seit der Gründung unserer Demokratie untervertreten sind. Es braucht konkrete und klare Massnahmen dagegen. Deshalb: Nehmen Sie doch diese Motion an. Danke.

Präsident. Das Rednerpult ist frei für Fraktionssprechende; zuerst Meret Schindler für die SP-JUSO-PSA.

Meret Schindler, Bern (SP). Es wird nicht einfach besser, sondern wir von der SP, aber natürlich auch andere Parteien, haben gezielt auf Frauen gesetzt. In ihrer Antwort schreibt die Regierung, dass 1970 0 Prozent Frauen in diesem Rat waren und 1997 dann bereits 30 Prozent. Dass die Regierung in ihrer Antwort einen Schritt von 17 Jahren darlegt, ist hier natürlich trügerisch. 1970 hatten die Bernerinnen weder das aktive noch das passive Wahlrecht und standen damals eben noch gar nicht auf den Listen. Der Schritt von 0 Prozent, 1970, respektive von 1968 bis 1972, war denn schon damals massiv. Er erhöhte sich nämlich um 100 Prozent. Das ist ja logisch, weil man endlich Frauen auf den Listen hatte. Es wurden damals 10 Frauen gewählt, sage und schreibe 5 Prozent von hier drinnen, damals noch bei 200 Mitgliedern des Grossen Rates. So ging es in etwa in 4-Prozent-Schritten bis zur Jahrtausendwende weiter. Seit 1998 gab es bis 2018 aber noch gerademal 6 Prozent mehr Frauen. Im 2010 gab es sogar einen Rückschritt um 3–4 Prozent. Besonders spannend finde ich als SP-lerin: In der Stadt Bern hatten wir auf den Listen einen Frauenanteil von 39,5 Prozent und 60 Prozent gewählte, anders als im Emmental, wo 32,9 Prozent auf den Listen waren, aber nur 13,3 Prozent Frauen gewählt wurden. Ich finde dies deshalb spannend, weil die SP im Emmental keine eigene Frauenliste hatte.

Die Regierung betont in ihrer Antwort, dass seit den Nullerjahren der Frauenanteil in etwa dem auf den Listen entspricht. Ich habe auf der Webseite des Kantons nachgesehen: Die SVP hatte 2018 22,8 Prozent Frauen auf den Listen; gewählte Frauen hatten Sie 21,7 Prozent. Es ist also ein Gerücht, dass die Frauen in der SVP bei den Wahlen durchgereicht werden, sondern es entspricht ungefähr dem Anteil auf der Liste. Dies nimmt uns doch als Parlament und uns als Mitglieder von Parteien in die Pflicht, hier zu handeln! Dieser Vorstoss ist einer von vielen Ansätzen in die richtige Richtung. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion, diese Motion anzunehmen.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Das Ziel dieser Motion war bestimmt auch – dies wage ich jetzt einfach mal zu behaupten – das Ziel aller Parteien, die sich am aktuellen Nationalratswahlkampf beteiligen. Ich bin überzeugt: Alle hätten gerne mehr Frauen aufgestellt. Der Wille wäre also schon vorhanden gewesen. Wenn wir nicht genügend Frauen finden, dann können wir uns weder Frauen aus dem Hut zaubern, noch können wir Frauen zwingen, sich aufstellen zu lassen. Denn Quotenfrauen sein, das wollen dann vielleicht nicht alle. Auch Frauen sollen wählen dürfen, ob sie neben Beruf und Familie noch ein weiteres Engagement annehmen wollen. Dies gilt auch für Frauen ohne Familie, die sich zum Beispiel im Sport, im Beruf, in der Weiterbildung zeitlich intensiv einsetzen; für alle hat der Tag 24 Stunden, und manchmal reicht ein Leben eben nicht für alles, was man sich für ein Leben so wünscht. Die Erfahrung zeigt auch, dass wenn man Frauen fragt, ob sie sich in der Politik engagieren wollen, sehr schnell die Antwort kommt: «Das kann ich nicht», oder: «Das muss ich mir doch nicht antun!»

Wenn man sich die Statistiken anschaut, hat die Bevölkerung in der Schweiz interessanterweise nach wie vor ein grosses Vertrauen in den Bundesrat und ins Parlament. Das Vertrauen in die politischen Parteien sinkt jedoch. Halten wir uns also auch selbstkritisch den Spiegel vor. Könnte dies nicht ein ganz wichtiger Punkt sein, weswegen die Suche nach Frauen für Listen bei Wahlen eben grossmehrheitlich erfolglos bleibt? – Was tun wir alle hier drinnen? Wir alle, die wir in einer Partei sind, was tun wir, dass das Vertrauen sinkt? – Themen wie Dauerwahlkampf, unanständige Plakate, vollmundige Wahlversprechen und so weiter können tatsächlich von der Politik abschrecken. Solange gewisse Herren auf dieser Welt, die sich Staatsmänner nennen, die aber eher Clowns oder Selbstdarsteller sind, an der Macht sind, wird es im Kleinen vermutlich auch nicht einfacher, das Vertrauen wiederaufzubauen. Es liegt aber an uns Parteien, dieses Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückzuholen, indem wir seriöse politische Arbeit machen. In der Tat, dies ist manchmal tatsächlich langweilig, aber, liebe Leute, manchmal ist es eben auch einfach gut. So können wir bestimmt auch mehr Frauen für die Politik gewinnen.

Eine staatliche Einflussnahme, gemäss dem Vorstoss der SP-JUSO-PSA, der uns hier vorliegt, lehnt die BDP ganz klar ab. Vor dreissig Jahren wurde eine Mauer quer durch Europa nach Protesten ganz vieler Länder niedergerissen, weil Menschen von der staatlichen Einflussnahme, gerade auch im politischen Umfeld, genug hatten. Die Freiheit, sich entscheiden zu können, ob man sich an Wahlen und in der Politik engagieren will oder nicht, ist ein riesengrosses Kriterium für unsere Demokratie. Das Ziel muss tatsächlich sein – darin gehen wir mit den Motionären einig –, dass es uns gelingt, mehr Frauen für die Politik zu begeistern. Seien wir Frauen und Männer Vorbilder und bauen wir junge politische Interessierte innerhalb der Partei auf, stützen wir sie in der Gemeinde- oder in der Kantonspolitik oder auch in Kommissionen. Das Ziel ist für uns, wie gesagt, genau dasselbe

wie das, was die Motionärinnen wollen, aber der Weg muss ein anderer sein. Deshalb unterstützen wir die Antwort des Regierungsrates und lehnent den Vorstoss ab.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). L'égalité de droit et de fait entre la femme et l'homme constitue aujourd'hui une aspiration sociétale qui n'est plus guère contestée. Cet excellent principe trouve d'ailleurs sa traduction juridique dans l'article 8, alinéa 3 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse (Cst.). De tout temps, des femmes compétentes ont joué un rôle politique éminent dans de nombreux pays. Dans l'Ancien Israël, une femme, Déborah, a même été cheffe de guerre ; Golda Meir a été une première ministre israélienne courageuse et de grande qualité. Margaret Thatcher a dirigé le Royaume-Uni avec une poigne plus ferme que son successeur, John Major. Dans les pays du nord de l'Europe, plusieurs femmes ont assumé la fonction de première ministre, avec honneur et efficacité. Dans notre pays, de nombreuses femmes ont siégé et siègent au sein des exécutifs fédéraux, cantonaux et communaux, de même que dans différents parlements avec compétence et souvent avec panache.

Au cours des dernières décennies, malgré quelques régressions passagères, la part des femmes n'a cessé de croître à tous les niveaux de notre Etat fédéral. Entre 2010 et 2011, le Conseil fédéral a même compté quatre femmes sur sept membres. Les quotas de liste, ont-ils été nécessaires pour favoriser l'évolution heureuse vers une représentation plus forte des femmes au sein des différents organes politiques de notre pays ? – La réponse est clairement non. Cette amélioration bienvenue a simplement suivi les changements de mentalité de notre société. Il est certain que la part des femmes en politique va encore augmenter au cours des prochaines décennies, même si cette progression pourra intervenir par à-coup. La simple observation des faits montre ainsi que les quotas ne sont pas du tout indispensables à une représentation plus ample des femmes en politique. Mais il y a plus : selon l'UDC, les quotas de liste ne sont pas souhaitables pour des raisons de principe. Ils portent nettement atteinte à la liberté des partis de composer leurs listes électorales en fonction de leurs choix et de leurs possibilités. Dans ses considérations de sociologie électorale, le Conseil-exécutif met très justement en évidence qu'en Emmental, par exemple, la proportion des femmes sur les listes électorales est plus faible qu'en ville de Berne. Pourquoi s'en offusquer et ne pas l'accepter au nom d'une idéologie rigide qui veut gommer toutes les différences culturelles ou sociologiques ? – Les quotas, même s'ils ne portent que sur la constitution des listes électorales, écornent indirectement une forme de principe d'universalité, celui d'élire es candidates ou les candidats de son choix, sans restrictions d'aucune sorte.

Par ailleurs, les quotas de liste au bénéfice des femmes constituent une discrimination par rapport à d'autres quotas théoriquement envisageables. Lors des débats qui ont eu lieu au Grand Conseil neuchâtelois sur cet objet, un député du Parti ouvrier et populaire (POP), du parti communiste, enseignant dans un gymnase, a refusé ces quotas de liste en faisant opportunément remarquer que si l'on s'aventurait sur ce terrain, il faudrait également prévoir des quotas en fonction de l'âge des candidates et des candidats ainsi que d'autres quotas en fonction des catégories socio-professionnelles de ces dernières et de ces derniers. Tous cela montre que la sagesse et des principes tout aussi pertinents, invoqués par les motionnaires, doivent nous inciter à rejeter la motion soumise à notre vote. J'aimerais ajouter à l'intention de mes collègues de gauche de notre Grand Conseil qu'il y a même des femmes de gauche de très grande envergure qui s'opposent aux quotas en général et en particulier à ceux prévus en faveur des femmes. L'écrivaine française Elisabeth Badinter, estime ainsi que ces quotas constituent une forme d'offense à l'égard des femmes. La reconnaissance implicite qu'elles sont moins douées pour la politique que les hommes et qu'il faut donc recourir à des artifices pour augmenter leurs chances d'être élues. Chères et chers collègues, pour toutes les raisons que nous venons de développer brièvement devant vous, le groupe UDC de notre Grand Conseil vous recommande de rejeter la motion « Quota de femmes sur les listes électorales », tout en réaffirmant sans ambiguïté aucune son attachement indéfectible à l'égalité des genres. Merci de votre attention.

Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne (PLR). La motionnaire demande de modifier la loi cantonale sur les droits politiques (LDP) afin de garantir qu'au moins 50 pourcent des personnes qui se présentent sur les listes électorales soient des femmes. Le principe de l'égalité de droit et de fait entre la femme et l'homme est inscrit dans la Cst. et la Constitution du canton de Berne (ConstC). Plusieurs interventions dans les cantons ont été déboutées et la commission des institutions politiques du Parlement fédéral s'est prononcée négativement déjà trois fois. Même au printemps de cette année, une initiative parlementaire a été repoussée.

Les quotas constituent une atteinte à la liberté d'action des partis, en particulier des petites formations politiques. Pour le mien qui s'appelle Parti libéral radical, il n'est pas question d'entrer en matière sur cette thématique. Ce n'est pas une bonne solution. Les partis ont d'autres moyens pour augmenter le pourcentage de la présence féminine sur leurs listes. Le parti doit encourager les femmes à s'engager dans la politique en prévoyant de meilleures structures – famille, profession, carrière –, et en présentant des mesures ciblées de promotion de visibilité et des postes à responsabilité à occuper dans les entreprises par exemple. Le PLR s'en occupe, et comme président je suis fier de présenter onze femmes sur ma liste au Conseil national, quatorze jeunes femmes sur la liste des jeunes libéraux-radicaux et une femme au « Stöckli », et j'ai moi-même une femme comme cheffe. Oui, la société évolue, favorisant la place de la femme, et je n'ai pas besoin de quota. Le PLR n'est pas la bonne adresse. Le groupe PLR rejette cette motion. Punkt, Schluss, comme vous l'avez dit. Merci pour votre attention.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Für die EDU-Fraktion spielt es an und für sich keine grosse Rolle, ob es jetzt 30, 40, 50 oder 60 Prozent Frauen sind in diesem Rathaus. 50 Prozent wären sicher schön; dies wäre wünschenswert. Wir sind aber der Meinung, dass dies organisch wachsen darf. Der Trend geht auch klar in diese Richtung und darf sicher auch weiterhin in diese Richtung gehen. Wir wehren uns gegen eine fixe Quote von 50 Prozent und finden eben, dies dürfe organisch wachsen. Als Partei hätte wir eine gewisse Herausforderung, wenn wir von einer Wahl bis zur nächsten 50 Prozent Frauen aufstellen müssten. Dies mag so sein.

Wir sind aber doch beruhigt, dass wir wahrscheinlich keine Quotenfrauen finden müssten, sondern haben mit einer gewissen Erleichterung festgestellt, dass man dank des Gendersternchens, das bei Frauen ist, gewisse Hintertürchen hätte. Am Stichtag, wenn man die Liste bei der Staatskanzlei eingibt, könnten sich vielleicht ein paar biologische Männer von uns plötzlich als Frauen fühlen. Dann hätten wir die Quote auch erreicht. Daher wäre es für uns nicht so tragisch, wenn der Vorstoss angenommen würde. Heute, wo man sich weniger an den objektiven Dingen orientiert wie an den Genen, sondern mehr am Gefühl, welchem Geschlecht man sich eher zugehörig fühlt, könnte uns diese Flexibilität entgegenkommen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Interessant, dass mein Vorredner in der Frage, wie viele Geschlechter es gibt, ein wenig Flexibilität zeigt. Dies ist vielleicht ein gutes Zeichen dafür, dass diese Diskussion wirklich angenommen ist.

Für die grüne Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, dass Frauen und Männer in der Politik repräsentiert sind, und zwar nicht heute und seit gestern, sondern seit sehr langer Zeit. Es wurde vorhin verschiedentlich gesagt, eine angemessene Vertretung sei eigentlich im Grundsatz nicht bestritten. Die Frage ist mehr: Was ist eine angemessene Vertretung? Und welche Mittel führen dazu? – In den Ausführungen der Antwort der Regierung haben wir gesehen, wo wir heute in etwa stehen, nämlich bei einem guten Drittel. Ich glaube, es ist an der Zeit, zu respektieren, dass ein Drittel eben keine angemessene Vertretung ist. Wir haben in der Schweiz – der Kanton Bern macht keine Ausnahme – mit der sehr späten Einführung des Frauenstimmrechts, das erst 1971 eingeführt wurde, vielleicht etwas mehr Nachholbedarf als andere Länder. Wenn ich der Debatte vorhin zugehört habe, muss ich mich manchmal gleichwohl fragen, ob das Frauenstimmrecht von diesem Grossen Rat eingeführt worden wären. Angesichts gewisser Voten bin ich mir da nicht mehr ganz so sicher. Heute ist es das Selbstverständlichste der Welt, auch für jene, die damals vehement, vehement dagegen kämpften. Vielleicht noch eine Lanze für die SVP: In der ersten Runde hier im Grossen Rat wurden schon ein paar SVP-Frauen gewählt. Dies zeigte, dass es eben nicht eine Frage der Parteicouleur ist, sondern der Anspruch, in der Politik mehr Frauen zu haben – ein Anliegen, das, wie ich glaube, eben über alle Parteien hinweg wichtig ist.

Was ich nicht verstehe, ist die Opposition gegen die Frage der Quote. Was hier vorliegt, ist eigentlich ein sehr moderater Vorschlag in dem Sinn, dass er nur verlangt, dass Frauen auf den Listen sind. Verlangt ist nicht, dass Frauen auch wirklich gewählt werden, selbst wenn dies das Anliegen ist. Es ist in dem Sinn immer noch den Wählerinnen und Wählern überlassen, diese Freiheit bleibt ihnen unbenommen, zu wählen, wen sie wollen. Die Tatsache, dass diese Diskussion auch in anderen Kantonen geführt wird, zeigt, dass dieses Anliegen nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Es wurde ja auch gesagt: 500 000 Frauen machten vor nicht allzu langer Zeit klar, dass es eine bessere Vertretung braucht. Ich bin vollkommen einverstanden, diese Listenfrage wird nicht alles entscheiden. Die Frage der Rahmenbedingungen ist gleichermassen relevant. Dies wurde von verschiedenen Parteien, die eher dagegen sind, erwähnt. Es ist eben nicht eine Frage «das eine oder

das andere», sondern es muss eben beides möglich sein. Es braucht Instrumente, aber es braucht Rahmenbedingungen, die es den Frauen ermöglichen, es zu tun. Dies beginnt in der Gemeinde, vor der Gemeinde; das ist, so glaube ich, allen klar, auch jenen, die das Anliegen unterstützen.

Die grüne Fraktion hatte wegen der vorliegenden Formulierung doch noch eine längere Diskussion. Daher: Wir teilen zwar das Grundanliegen, und eine Mehrheit unterstützt diesen Vorstoss. Es gibt aber auch skeptische Stimmen, vor allem wegen der konkreten Formulierung. Für uns ist «auf Wahllisten» nicht klar. Ist es jede Wahlliste oder sind es alle Wahllisten zusammen? – Es gibt doch noch ein paar Fragen zu klären, wie man es ganz konkret machen würde. Gäbe es dann keine Frauenlisten mehr? – Dies wäre dann die Schlussfolgerung. Es stellen sich durchaus ein paar Fragen, gerade für kleinere Parteien. Dies wird man dann noch hören.

Das Fazit aber, dies ist wichtig: Es braucht mehr Frauen, es braucht Instrumente. Daher ist es uns wichtig, hier nicht Nein zu sagen, weil man die anderen Instrumente fördern will. Dies vielleicht an die Adresse der FDP. Es braucht eben beides: Man muss die Frauen motivieren, damit sie auf den Listen kandidieren, weil dies die Voraussetzung ist. Es ist aber unbestritten, dass es noch weitere Massnahmen braucht. Insofern empfiehlt Ihnen die Mehrheit der grünen Fraktion, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Michael Köppli, Wohlen b. Bern (glp). Wir lehnen diesen Vorstoss ab. Wir glauben auch, dass er so formuliert ist, dass er nicht unbedingt auf Mehrheitsfähigkeit ausgerichtet ist, da «mindestens 50 Prozent Frauen» steht. Denn tatsächlich wäre auch eine Diskriminierung auf die andere Seite möglich, auf die eine aber nicht. Es ist so, dass wir ein bisschen Mühe haben, wenn man angesichts dieses Vorstosses das Gefühl hat, das Fundament unserer Demokratie breche zusammen.

Dort gehe ich durchaus mit den Ausführungen der Motionärin einig: Wir haben eine Oberländerquote, eine Stadtbernerquote, wir haben sogar eine Quote für eine Übervertretung des Berner Juras. Dies alles begründet man mit dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dort ist es akzeptiert. Für den Bundesrat musste es ein Tessiner sein, damit die Konkordanz oder die Kohäsion der Schweiz gewahrt bleibt. Dort ist es quer durch alle Parteien wie selbstverständlich. Wenn man auf das Geschlecht abstützen will und nicht auf die regionale oder sprachliche Herkunft, ist es etwas total anders. Dafür fehlt uns das Verständnis ein bisschen. Nichtsdestotrotz sind wir auch eher dafür – man sieht es beim Berner Jura –, dass man solche Quoten herunterfährt und andere hochfährt. Wir halten aber den Furor gegen diese Forderungen als etwas verfehlt. Wir sehen vor allem die Parteien in der Pflicht. Wir haben drei Nationalratslisten eingereicht mit dreimal 12 Männern und 12 Frauen, abwechselnd in der Reihenfolge. Denn der Listenplatz ist oft mindestens so wichtig wie am Schluss die Anzahl auf der Liste.

Vielleicht aus aktuellem Anlass noch ein Punkt, bei dem ich das Gefühl habe, die Debatte sei wichtig: Ich weiss nicht, wer letzte Woche die «Rundschau» gesehen hat. Wenn es im Schweizer Fernsehen immer noch Berichte gibt, bei denen am Schluss die Frage gestellt wird: «Kann eine junge Mutter gleichzeitig in der Politik sein?» Wenn dann die Antwort, interessanterweise nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen kommt: «Nein, eigentlich sollte sie lieber warten.» Die Männer werden aber nicht einmal befragt! Die «Rundschau» befragte nur die jungen Politikerinnen mit Kindern, die Männer mit Kindern wurden nicht einmal befragt. Daran sieht man schon, dass wir wahrscheinlich noch Handlungsbedarf haben. Ich glaube, dieser ist aber stärker bei uns allen in den Köpfen vorhanden und kann wahrscheinlich nicht mit einer Quote gelöst werden, schon gar nicht mit einer, die derart extrem oder derart einseitig ist. In unserer Fraktion gibt es aber auch noch eine abweichende Haltung, die, so glaube ich, auch noch im Mikrofon geäussert wird. Besten Dank.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Maurane Riesen est la première.

Maurane Riesen, Bern (PSA). En tant que francophone, je trouvais important de venir m'exprimer ici. Car nous, les francophones nous avons, c'est vrai, certains avantages au quota dans le cadre des élections au Grand Conseil et au Conseil-exécutif. Beaucoup disent qu'il serait dévalorisant pour une femme d'être une femme quota. Mais certains d'entre nous, membres de la Députation, nous sommes des Romands quotas ! Et je crois que cela n'est ni dégradant, ni dévalorisant d'être un Romand quota ou une femme quota. Pourquoi est-il tellement plus simple de mettre en place des bases légales en faveur de la représentation des régions, des langues ? Mais lorsqu'il s'agit de prendre des mesures effectives pour les femmes qui représentent 50 pourcent de la population et qui sont effectivement sous-représentées en politique, est-ce qu'il faudrait que toutes les femmes

déménagent dans un certain coin du canton pour qu'on accepte ce type de quota ? Cette proposition offre une réponse cohérente à la sous-représentation des femmes en politique, un problème qui est apparemment reconnu par toutes et tous d'entre nous. Merci.

Christa Ammann, Bern (AL). Die AL lehnt diese Forderung hier ab. Weshalb? – Positive Diskriminierung ist in jedem Fall heikel, kann aber manchmal auch richtig sein. Das Ziel in dieser Frage müsste aber eigentlich die Überwindung der Geschlechterbinarität sein. Weil die Forderung lautet, dass mindestens 50 Prozent der Personen auf den Wahllisten Frauen sein sollen, ist dies ein Problem. Dann stört hier nämlich das «mindestens». Gleichzeitig muss man zur Seite der FDP sagen: Die Freiheit geht eben nur so weit, bis die Freiheit anderer eingeschränkt wird. Aufgrund der noch bestehenden strukturellen Diskriminierung und aufgrund der Unterrepräsentation von Personen, die sich als Frauen verstehen, kann eine Einschränkung eben sinnvoll sein. In diesem Fall wäre eine Quote auch eine richtige Antwort darauf, weil es durchaus noch Massnahmen braucht und Absichtserklärungen allein nicht ausreichen.

Da wir eben noch weit von der Überwindung entfernt sind, auch von der ganzen Geschlechterbinarität, wären auch wir dabei, wenn es um eine Quote ginge, nicht aber wenn es um eine Quote geht, die «mindestens 50 Prozent» Frauen fordert, sondern wenn es um einen Frauenanteil von 45 oder 40 Prozent ginge. Dann könnte man nämlich auch auf jene Rücksicht nehmen, die sich dem einen oder anderen Geschlecht zuordnen wollen. Diese hätten dann auch noch ein Plätzchen dazwischen, und eine gewisse Freiheit und Flexibilität wären noch vorhanden. Aus diesen Gründen lehnen wir, oder lehne ich als Repräsentantin, diese Motion hier ab.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Ich war etwas erstaunt, als ich diesen Vorstoss sah. Denn eigentlich schätze ich Tamara Funiciello als jemanden ein, der relativ modern und zeitgemäss ist. Dies ist doch ein recht rückwärtsgewandter, altbackener Vorstoss. Darüber täuscht auch das Sternchen hinter den Frauen nicht darüber hinweg, meine Damen und Herren! Denn spätestens seit den 1990er-Jahren, seit der Philosophin Judith Butler, die bereits vor dreissig Jahren die bestehende Geschlechterordnung, das binäre Geschlechtersystem, infrage stellte, sollten wir wissen, dass unser binäres Geschlechtersystem wirklich nicht über alle Zweifel erhaben ist.

Wenn wir jetzt Quoten machen, basierend auf dem biologischen Geschlecht, dann tun wir eigentlich nichts anderes, als dass wir genau dieses binäre System wieder zementieren, auch die damit einhergehenden Geschlechterrollen. Dann sind wir eigentlich nicht viel besser als das, was Simone de Beauvoir bereits in den 1950er-Jahren kritisierte: «Man wird nicht als Frau geboren, man wird es.» Genau dies tun wir ja mit solchen Quoten! Jetzt zwingen wir die Frau wieder in ein System hinein, indem wir sagen: «Du bist jetzt eine Frau, du repräsentierst die Frau, du hingegen repräsentierst den Mann.»

Was ist mit jemandem – wir haben es vorhin gesagt, Samuel Kullmann oder Natalie Imboden haben es angesprochen –, der sich eben *nicht* als Frau oder als Mann identifiziert? Wie kann denn diese Person einen Platz auf einer Liste finden? – Meine Damen und Herren, echt, ich finde, im Jahr 2019 und in Zukunft sollten wir Leute nicht aufgrund von biologischen Merkmalen wählen, sei es die Haarfarbe, die Hautfarbe oder seien es Geschlechtsmerkmale: Wir sollten Menschen aufgrund ihrer Qualitäten wählen, aufgrund ihrer Werte und aufgrund ihrer Handlungen. In diesem Sinn habe ich das Gefühl, wir sollten in der Lage sein, das Ganze irgendwie zu überwinden. Wenn wir noch lange von Quoten oder solchen Sachen sprechen, dann machen wirklich einen Rückschritt und keinen Fortschritt. Fertig!

Peter Gasser, Bévillard (PSA). Rassurez-vous, je ne vais pas répéter tous ce qui a déjà été dit, et je vais être bref. Je suis franchement surpris : on ne parle que des listes. Je ne sais pas, c'est juste la proposition qui est faite, voilà. Après, les gens sont libres de choisir. On parle que de la liste, et sur cette liste-là, vous me dites qu'on ne peut pas remplir cinquante-cinquante. J'ai franchement de la peine à le croire, parce qu'il y a même un peu plus de femmes que d'hommes.

Präsident. Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden auf der Liste. Wünscht die Motionärin das Wort nochmals – vor dem Herrn Staatschreiber? – Nein. Gut, dann gebe ich zuerst dem Staatschreiber, Christoph Auer, das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Zuerst möchte ich der Motionärin, Tamara Funiciello, versichern, dass der Regierungsrat dieses Anliegen nicht als absurd abqualifiziert hat. Der Regierungsrat sah

sich diesen Vorstoss ernsthaft an und prüfte diesen ernsthaft, gerade weil es – wie es Herr Gasser eben gesagt hat – in Anführungszeichen nur eine Quote für die Liste ist, also nur eine indirekte Quote. Daher wäre es eine Quotenregelung, anders, als man sie früher diskutierte, bei der man sich durchaus ernsthaft überlegen kann, ob diese ein richtiges Mittel wäre. Dies deshalb, weil der Regierungsrat natürlich auch sieht, dass die Frauen im bernischen Kantonsparlament untervertreten sind und dass es wünschenswert wäre, dass die Frauen angemessen vertreten wären in diesem Parlament.

Weshalb kommt der Regierungsrat trotzdem zur Auffassung, dass diese Motion abzulehnen ist? – Einfach aus der Überzeugung, dass bis der Staat in einem solchen Fall eingreifen, solche gesetzliche Vorgaben machen und jeder Partei vorschreiben sollte, wie sie ihre Liste ausgestalten soll, die Hürde hoch sein muss. Der Staat sollte nicht leichtfertig eingreifen, sondern nur dann, wenn es keine anderen Mittel gibt, mit denen das Ziel erreicht werden kann. Die anderen Mittel gibt es; diese wurden aufgezählt, auch in der Antwort auf die Motion. Sie wurden auch in der Debatte erwähnt: Man kann Frauen vorkumulieren, man kann die Wahlkampagnen für Frauen besonders unterstützen; es sind die Dinge, die hier genannt wurden. Nun kann man natürlich erwidern: «Das kennen wir, und das führt eben nicht zum Ziel oder viel zu langsam.» Ich denke gleichwohl ... Man sieht es jetzt gerade bei den Nationalratswahlen, wo wir jetzt erstmals eine Quote oder eine Anzahl von Kandidierenden haben, jetzt für die Nationalratswahlen 2020, von 42,1 Prozent. Wenn Sie sehen, 2011 war die Quote oder der Prozentsatz 33,9 Prozent. Vier Jahre später waren es 37,4 Prozent, wieder vier Jahre später, eben jetzt, 42,1 Prozent. Alle vier Jahre ging es doch sichtbar nach oben. Ich bin eigentlich auch zuversichtlich, dass Frauen auch in dieser Grössenordnung gewählt werden.

Wenn man die letzten Grossratswahlen 2018 sieht, als sogar 1 Prozent mehr Frauen gewählt wurden als Frauen kandidierten, ist die Regierung doch der Überzeugung, dass es Schritt für Schritt in die richtige Richtung geht und es nicht der Moment ist, um staatlich, mit gesetzlichen Regelungen, einzufahren und den Parteien Verpflichtungen aufzuerlegen. Man sieht vielleicht auch – dies wurde ebenfalls in der Antwort ausgeführt –, dass der Kanton Bern da nicht alleine ist, sondern in guter Gesellschaft, oder zumindest in Gesellschaft. Kein einziger anderer Kanton kennt eine solche Listenquote, auch der Bund kennt diese nicht. Insofern ist die Regierung überzeugt, dass es nicht das richtige Mittel wäre, und beantragt Ihnen deshalb, diese Motion abzulehnen.

Präsident. Die Motionärin, Tamara Funicello, hat das Wort.

Tamara Funicello, Bern (JUSO). Ich danke für diese angeregte Debatte. Ich muss sagen, das Spannendste bei allen Voten finde ich jenes von Frau Luginbühl, die fand, dass es diktatorisch sei, Quoten zu haben. Ich hoffe, dass Sie demnächst eine Motion einreichen werden zur Abschaffung der Quote für den Jura bernois; dies wäre nämlich die Folge dieser Aussage. Ich glaube, dies wollen wir eigentlich beide nicht. Denn es ist gut, wenn unterschiedliche Leute vertreten sind. Quoten sind grundsätzlich da, um abgeschafft zu werden. Wenn man Quoten einführt, sollen diese über einen gewissen Zeitraum vorhanden sein, bis man sich daran gewöhnt, dass es Normalität ist. Dann kann man sie wieder abschaffen. Genau deshalb – dies an die Adresse der Grünen – steht «mindestens 50 Prozent». Denn das Ziel ist es, dass wir dies in zehn bis fünfzehn Jahren wieder wegnehmen könnten, weil man sich daran gewöhnt hat, dass Frauen auch in der Politik vertreten sind.

Damit komme ich zum Kollegen der SVP: Wenn man denn schon de Beauvoir und Butler zitiert, muss man auch sehen, dass Butler auf de Beauvoir aufbaut und dementsprechend eigentlich das genau Gleiche sagt, einfach 50 Jahre später. Was heute eine Tatsache ist, ist, dass Frauen sich weniger zutrauen, dass Frauen weniger Vorbilder haben und sich dementsprechend solche Sachen nicht unbedingt zutrauen. Deshalb muss man auch einen zusätzliche Effort leisten, wenn man Frauen auf Listen haben will. Es reicht nicht, einen Monat vor Abgabe der Wahlliste zu kommen und zu sagen: «Möchtest du kandidieren?», und dann sagt sie: «Nein, ich habe drei Kinder», worauf man sagt: «Ach so, schade, dann nächstes Mal.» So funktioniert Frauenförderung nicht. Man muss sich vorher Mühe geben. Diese Motion soll genau darauf abzielen, dass man sich diese Mühe auch tatsächlich macht. Denn die Frauen hätten nämlich, wie man auf der rechten Seite sieht, *(Die Rednerin wendet sich an die Reihen der Ratslinken. / L'oratrice se tourne vers les rangs de la gauche.)* sehr grosse Lust zu politisieren.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer unter dem Traktandum 10 die Motion «Frauen*quote auf Wahllisten» annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.734)

Vote (Affaire 2018.RRGR.734)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 43

Nein / Non 100

Enthalten / Abstentions 3

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 100 Nein- gegen 43 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.